

"orf.at" gefunden am 03.05.2024 13:53 Uhr

„EU hat bisher weggeschaut“

Eine Milliarde Euro hat die EU-Kommission dem Libanon an Finanzhilfen angeboten: Im Gegenzug soll die Überfahrt im Libanon lebender syrischer Flüchtlinge vor allem nach Zypern gestoppt werden. Der EU-Libanon-Deal stößt bei Fachleuten auf Skepsis und hinterlässt offene Fragen, wie in einem wirtschaftlich und politisch instabilen Land die Situation von Flüchtlingen verbessert und damit der Weg nach Europa verhindert werden kann.



EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen verkündete am Donnerstag den Deal mit Nadschib Mikati (M.) und Zyperns Präsident Nikos Christodoulidis (I.)

Online seit heute, 10.02 Uhr (Update: 13.13 Uhr)

Schätzungen zufolge sei jeder siebente Mensch im Libanon ein Flüchtling. „Die EU hat bisher weggeschaut und nicht ausreichend unterstützt“, kritisierte die Migrationsforscherin der **Wirtschaftsuniversität Wien** und Vorstandsmitglied von SOS Mitmensch, **Judith Kohlenberger**, am Freitag im Ö1-Morgenjournal. Daher seien die Zahlungen der EU zu wenig und kämen zu spät.

Sie begrüßte grundsätzlich die Unterstützung für wirtschaftlich schwächere Länder durch die EU. Die Summe sei aber ein Tropfen auf den heißen Stein in einem Land wie dem Libanon, der an einer schweren Wirtschaftskrise leide, in dem es seit Monaten keinen Präsidenten gebe und in dem die Hälfte der Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebe.

Migrationsforscherin zu EU-Milliarde für Libanon

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen verkündete bei ihrem Besuch in Beirut am Donnerstag den Pakt. Sie sagte, sie hoffe auf eine gute Zusammenarbeit mit dem Libanon, um illegale Migration zu und Schleuserkriminalität zu verhindern. Während die libanesische Führung ihr Land als stabil und sicher genug dafür bezeichnete, sind die Zweifel bei UNO und Hilfsorganisationen groß.

Streitkräfte stärken

Seit eineinhalb Jahren scheitert die Wahl eines Präsidenten immer wieder an Machtkämpfen innerhalb der politischen Elite. Aktuell wird das Land von Ministerpräsident Nadschib Mikati geschäftsführend geleitet. Die Regierung ist nur eingeschränkt handlungsfähig. Auch deswegen will die EU nun die Streitkräfte des Landes stärken. Sie werden als stabilisierender Faktor in dem

an Syrien und Israel grenzenden Land gesehen – auch angesichts der Aktivitäten der vom Iran unterstützten Hisbollah-Miliz.

Hilfsorganisationen fordern mehr humanitäre statt militärische Hilfe. Doch ein Teil der EU-Gelder werde in die Migrationsprävention gehen, so Kohlenberger: „Das bedeutet in der Praxis die Militarisierung der Küstenwache und der Grenzpolizei, die aber im Libanon nachweislich völkerrechtswidrige Pushbacks nach Syrien durchführt.“

„Trend zu Migrationsabkommen mit Drittstaaten“

In der EU herrscht ein „Trend zu Migrationsabkommen mit Drittstaaten“. Mit Tunesien und Ägypten wurden zuletzt Kooperations- und Unterstützungsabsprachen getroffen. Das hatte auch Zypern gefordert. Aber die große Frage werde in Europa ausgespart, so Kohlenberger: „Wie geht man in Europa mit der steigenden Zahl von Menschen um, die tatsächlich Schutzbedarf haben?“ Und dazu zählten definitiv Syrer und Syrerinnen.

Es sei jedenfalls unklar, wie die Versorgung von Flüchtlingen im Libanon durch das Abkommen besser werden soll. Zwar solle ein Teil der Gelder in Bildungsprojekte fließen, aber nicht zuletzt aufgrund der Wirtschaftskrise habe sich die Stimmung im Libanon stark gegen die syrischen Flüchtlinge gewendet.

Der gestiegene Druck zeigt sich auch in der EU. Seit Jahresbeginn wurden schon rund 4.000 Menschen gezählt, die aus dem Libanon kommend mit Booten Zypern erreichen wollten – im ersten Quartal des Vorjahres waren es lediglich 78 gewesen.

Diskriminierung von Flüchtlingen

Die Attacken gegen Syrer und Syrerinnen spricht auch Riad Kahwaji, Direktor des Institute for Near East and Gulf Military Analysis (INEGMA) an. Die gleichen Politiker, die jetzt Gelder von der EU in Empfang nähmen, würden auf Podien dazu aufrufen, die Syrer aus dem Land zu werfen. „Es ist verrückt zu sehen, dass die Europäer an die Illusion glauben, dass die libanesischen Behörden in der Lage wären, den Flüchtlingsstrom einzudämmen“, so Kahwaji.

Menschenrechtsorganisationen zufolge wenden libanesische Beamte seit Jahren diskriminierende Praktiken gegen Syrer an, um sie zur Rückkehr nach Syrien zu zwingen. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) berichtete, dass die libanesischen Behörden in den vergangenen Monaten Syrer, darunter Oppositionsaktivisten und Deserteure, willkürlich festgenommen, gefoltert und nach Syrien zurückgeschickt hätten.

Hilfe auch für libanesische Familie

Eine wachsende Ungeduld und zunehmende Belastung durch die große Zahl an Flüchtlingen beobachtet der österreichische Botschafter in Beirut, Rene Amry. Allerdings komme etwa die Hälfte der humanitären Hilfe für Flüchtlinge auch libanesischen Familien zugute, sagte er am Freitag im Interview mit Ö1.

Botschafter im Libanon: Hilfszahlungen reduziert

Aufgrund fehlender Reformen habe der Staat nicht die Mittel, der Bevölkerung ausreichend zu helfen. Armut habe es im Libanon schon immer gegeben, seit 2019 habe aber auch eine in Städten deutlich sichtbare Verarmung der Mittelschicht begonnen. Aufgrund von anderen Krisen habe sich die Hilfe insbesondere aus den USA reduziert. Es sei daher die Frage, ob die von der EU angekündigte Milliarde ausreichend sei. Amry: „Die Bedürfnisse sind größer geworden.“

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen verkündete am Donnerstag den Deal mit Nadschib Mikati (M.) und Zyperns Präsident Nikos Christodoulidis (l.)